

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Menschenwürdiges Wohnen für Alle

Die Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern die Bayerische Staatsregierung auf, die prekäre Wohnungssituation von vielen Migrant/innen und Flüchtlingen in Bayern wahrzunehmen und Lösungsstrategien zu entwickeln.

Der Wohnungsmarkt ist in vielen bayerischen Kommunen äußerst angespannt. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen sowie Familien mit Kindern finden angesichts der steigenden Preise auf dem freien Wohnungsmarkt kaum noch eine Wohnung. Bei Eingewanderten kommen rassistische Vorbehalte der Vermieter/innen und ausgrenzende Diskriminierungsmechanismen hinzu, und zwar selbst dann, wenn sie feste Jobs und ein gutes Einkommen haben. So reicht oft ein nicht Deutsch klingender Name, um eine Wohnung nicht zu bekommen. Der soziale Wohnungsbau, der jenseits von Profitdenken auch die Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, aber auch wichtige soziale und städteplanerische Aspekte verfolgen konnte, ist fast zum Erliegen gekommen.

Neben Familien mit niedrigem Einkommen, kinderreichen Familien, Alleinerziehenden sowie Studierenden sind Flüchtlinge in besonderem Maße von dieser Problematik betroffen. Auch die Freizügigkeit von Zuwanderern aus EU-Ländern wie Bulgarien und Rumänien und die damit verbundene erhöhte Wohnungsnachfrage in einigen Städten erfordern dringend Lösungen. Reine Kälteschutzprogramme reichen hier nicht aus.

Nach Auskunft des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind die zwei Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern chronisch überfüllt und die Betroffenen werden so schnell wie möglich auf die Landkreise verteilt. In Bayern werden sie in etwa 146 Gemeinschaftsunterkünften (unter anderem in Containerlagern) untergebracht. Die oft traumatisierten Flüchtlinge leben jahrelang in diesen Unterkünften, in denen jedem Asylbewerber/innen sieben Quadratmeter Wohn- und Schlaffläche zur Verfügung stehen. Diese Unterbringungsart führt zu einer signifikanten Zunahme der Depressionen und gesundheitlichen Probleme der Betroffenen. Ein unzumutbarer Zustand in Bayern, der nicht länger geduldet werden darf.

Die wenigen, die aus den Unterkünften ausziehen dürfen, unter anderem anerkannte Flüchtlinge, Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz und ein Teil der (langjährig) Geduldeten, tun sich allerdings äußerst schwer, eine Wohnung zu finden. Viele Eigentümer/innen weigern sich, ihre Wohnung an Flüchtlinge und „Ausländer“ zu vermieten. Bürokratische Hürden und eine fehlende Provisions- und Kautionskostenübernahmen für einen Teil der Auszugsberechtigten kommen erschwerend hinzu. Auch die Wohnungsvergabe einiger städtischer Einrichtungen setzt der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt nichts entgegen.

Die Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern die Bayerische Staatsregierung deshalb auf:

- die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt wahrzunehmen und Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zum Wohnungsmarkt für Eingewanderte und Flüchtlinge zu erleichtern
- den sozialen Wohnungsbau stärker zu fördern
- durch Regelungen Mietsteigerungen zu begrenzen
- Projekte von Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern, die Unterstützung bei der Wohnungssuche bieten (zum Beispiel Mov'In), mit ausreichenden Mitteln auszustatten und flächendeckend auszuweiten

- kreative und bedarfsorientierte Wohnprojekte zu unterstützen
- für Personen ohne ausreichende Mittel, etwa Empfänger/innen gemäß des Asylbewerberleistungsgesetzes, eine Provisions- und Kautionskostenübernahme sicherzustellen
- die Verpflichtung, in Gemeinschaftsunterkünften zu leben, gemäß § 47 Abs.1 Asylverfahrensgesetz auf drei Monate zu reduzieren
- das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und das Verbot der Diskriminierung auch in privaten Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel bei Vermietung) durchzusetzen und die Strafbarkeit von Diskriminierung bekannt zu machen
- die Beratungsangebote zur Unterstützung von Diskriminierungsopfern auf- und auszubauen
- und allen hier lebenden Menschen ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen.

Augsburg, den 30. März 2014